

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Vermögensbeteiligungsgesetz) — Drucksache 10/337 —

hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1. (Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe a — § 14 Abs. 1
3. VermBG)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen. Dabei kommt insbesondere der Bewältigung erheblicher Verwaltungsschwernisse bei Finanzämtern und Arbeitgebern Bedeutung zu. Dies hatte die Bundesregierung u. a. dazu veranlaßt, auch im Hinblick auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes

nur generell die Anhebung der Beschäftigungsgrenze von 50 auf 60 Arbeitnehmer (ausschließlich der Auszubildenden) vorzusehen.

Zu 2. (Nach Artikel 4 — Übergangsvorschriften)

Die Bundesregierung wird die Anregung des Bundesrates im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens prüfen.

